

Ergebnisse "Potentiale Wirtschaftliche Selbsthilfe in Berlin", Rathaus Pankow 30.03.06

In den Arbeitsgruppen der Veranstaltung "Genossenschaften - selbstverwaltete Betriebe und Projekte - soziale Unternehmen: Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin" am 30.03.06 im Rathaus Pankow erarbeiteten etwa 100 TeilnehmerInnen verschiedene Aspekte dessen, was Vorhaben wirtschaftlicher Selbsthilfe benötigen, um überhaupt zu entstehen, und dann auch erfolgreich weiter zu bestehen.

So besteht ein großer Bedarf an Informationen und Bildungsangeboten zu wirtschaftlicher Selbsthilfe, an Beratung, Betreuung und Begleitung von sozialen und wirtschaftlichen Prozessen, und an Forschung und Entwicklung neuer betriebswirtschaftlicher Instrumente. Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen brauchen den Erfahrungsaustausch untereinander, die Vernetzung und Kooperation. Es sind Orte erforderlich für Begegnung, Austausch und Unterstützung, sowie fördernde rechtliche Rahmenbedingungen.

Hier ein komprimierter Überblick über die erarbeiteten Punkte. Mehr dazu in der Dokumentation (auf www.genossenschaften-in-berlin.de).

Information und Bildung

- Informationsangebote zur Verbesserung der Akzeptanz für genossenschaftliche und soziale Unternehmen in der Gesellschaft, und zur Sichtbarmachung der Potentiale und des Mehrwerts, den diese Unternehmen erzeugen.
- Bildungsangebote zu allen theoretischen und praktischen Fragen der Gründung und des Betriebs kooperativer Unternehmungen.

Beratung und Begleitung

- Angebote der Beratung und Begleitung für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen.
- Dauerhafte lokale Unterstützungsstrukturen in den Stadtteilen.

Vernetzung und Kooperation

- Einbeziehung neuer Partner, Vernetzung und Aufbau einer gemeinsam nutzbaren Infrastruktur genossenschaftlicher und sozialer Unternehmen.
- Die Einrichtung von „Sekundär-Genossenschaften“ als Konsortium und eine Zusammenfassung der verschiedenen Einzelunternehmen (nach dem Modell der sozialen Kooperativen Italiens) mit gemeinsamer Organisation z.B. von Marketing, Management und Akquisition.
- "Soziales Franchising"/Unternehmens-Netzwerk, um ein erfolgreiches Konzept zu multiplizieren. Bestimmte Funktionen werden von der Zentrale („Franchisegeber“) gesteuert, wie Buchhaltung, Controlling, Design, Corporate Identity, Werbung, Marketing. Die Unternehmen bleiben dabei selbständig und eigenverantwortlich; eine Eigenkapitaleinlage ist nicht zwingend erforderlich, sondern vielmehr die Bereitschaft zum unternehmerischen Denken und Handeln.
- Gemeinsame Plattform / Koalition für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen und genossenschaftliches/soziales UnternehmerInnentum, zur Formulierung der Bedarfe (v.a. hinsichtlich der Anforderungen an die Verbesserung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen) und zur gemeinsamen Vertretung nach außen.

Orte für Begegnung, Austausch und Unterstützung

- Austauschforum und Ort der gemeinsamen Selbstdarstellung genossenschaftlicher und sozialer Unternehmungen (www.genossenschaften-in-berlin.de)
- Gründungszentren für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen mit bezahlbaren Mieten.
- Kompetenzzentren für genossenschaftliches/soziales UnternehmerInnentum bzw. ein Haus der Sozialen Ökonomie, um wirtschaftlich tragfähige Unternehmenskonzepte zu entwickeln, damit „echte“ Arbeitsplätze angeboten werden können.

Forschung und Entwicklung

- Funktionsweisen und Spielregeln von Netzwerken und Kooperationen.
- Verbesserung der Kenntnisse über bereits bestehende genossenschaftliche und soziale Unternehmungen in Berlin, sowohl quantitativ hinsichtlich Anzahl, Art, Beschäftigten etc., als auch qualitativ zur Frage der Funktionsweise insbesondere hinsichtlich der Frage, wie die Arbeit in diesen Unternehmungen (im Unterschied zu anderen) organisiert ist.
- (Weiter-) Entwicklung betriebswirtschaftlicher Instrumente für soziale Unternehmen in Schulen und Betrieben in Selbstorganisation, und im Rahmen aufzubauender Unterstützungsstrukturen.
- Forschung zu und Entwicklung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der Fachhochschulen und Universitäten, insbesondere zu den Themen „Soziales Marketing“, Label „Sozialstandards“, Finanzierungs- Mix.

Rechtliche Rahmenbedingungen

- Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen sollen nicht durch besondere Förderung im Gründungsprozess und Bestand gegenüber anderen Unternehmensformen bevorzugt werden, denn das würde zu einem falschen genossenschaftlichen „Gründungsboom“ (Mitnahmeeffekt von Fördermitteln) führen.
- Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen sind allen anderen Unternehmensformen gleichzusetzen, damit wird der gleichberechtigte Zugang zu Finanzierung und Förderung im Vergleich zu anderen Unternehmensformen geregelt. Genossenschaften sind ebenso potentielle Antragsteller wie GmbH, AG oder sonstige Unternehmensrechtsformen.
- Gleichberechtigter Zugang zur Förderung kooperativen wirtschaftlich – wissenschaftlichen Handelns, z.B. zu Mittel der AiF / Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschung und ähnlicher Fördereinrichtungen für wirtschaftliche Kooperationen. Vorteil: dauerhafte Kooperation über den Förderzeitraum hinaus.
- Anpassung des Förderprogramms für Genossenschaften der IBB an die Änderung des Genossenschaftsgesetzes und an die realen Bedarfe junger Genossenschaften.
- Ausweitung (statt Einschränkung) der rechtlichen Möglichkeiten gemeinnütziger ökonomischer Betätigung für Vereine.

Hausprojekte (Wohnen, Gewerbe...)

- Bekanntmachung zur Verfügung stehender Grundstücke und Immobilien (Liegenschaftskataster).
- Wiedereinführung der öffentlichen Förderung von Wohnungsgenossenschaften.
- Ein Fonds, der neuen Projekten ein Startkapital zur Verfügung stellt, wäre für viele in der ersten Phase eine sehr gute Unterstützung – alte Projekte für neue Projekte.
- Bildungs- und Beratungsangebote zu Organisations- und Rechtsformen von Hausprojekten.
- Organisation, die MieterInnen und verkaufswillige Hausbesitzer zusammenbringt und berät in dem Prozess der Überführung des Eigentums in die Hand der NutzerInnen.
- Alternativen zur Privatisierung von Wohnungsgesellschaften – Was kann getan werden??

Sonstiges

- Partnerschaften zwischen „großen und kleinen Unternehmen“ und zwischen der Privatwirtschaft und Solidarwirtschaft („Partnerschaften“) sowie Zugang zu Sponsoring für soziale Initiativen.
- Seitens der Senatsverwaltung sind feste AnsprechpartnerInnen erforderlich, sowie eine ressortübergreifende Zusammenarbeit (Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung...).